

Eine globale Finanzmarktaufsicht?



Von Nationalrat Hans Kaufmann
Wirtschaftsberater, Wettswil

Zur Bewältigung der globalen Kreditkrise fordern Aufsichtsbehörden mehr Transparenz und Politiker eine globale Aufsichtsbehörde. Welche Informationen den Aufsichtsbehörden zur Früherkennung der Krise fehlten, darüber schweigen sie sich allerdings aus.

Seit 1970 publiziert die BIZ Daten über das internationale Kreditgeschäft der Banken. Diese Statistiken haben seit den frühen 80er Jahren klare und frühzeitige Warnsignale ausgesendet, indem sie die Risikoakkumulation und die Art der Kredite aufzeigten. Mit der Weiterentwicklung der Finanzmärkte wurden die Statistiken auch auf Wertchriften ausgedehnt, auf syndizierte Kredite und Derivative. Es fehlte somit nicht an der geforderten Transparenz, sondern am Willen, zu handeln. Der Quartalsbericht der BIZ vom März 2008 spricht denn auch eine deutliche Sprache: «Diese Statistiken wurden zwar von vielen Marktbeobachtern benutzt, aber offensichtlich nicht von allen verstanden.»

Eine unrealistische Idee

Die Schaffung einer Welt-Finanzmarktaufsicht (Finma) ist so unrealistisch wie die Idee einer einheitlichen Weltreligion oder einer Weltsprache. Bereits heute gibt es viele internationale Akteure, angefangen bei der BIZ über Iosco bis zum Financial Stability Forum und dem IWF. Sie alle waren nicht in der Lage, die weltweite Kreditkrise zu verhindern. Sie vermochten weder ein funktionierendes Risikokontrollsystem aufzubauen noch die neu entstandenen Märkte im Bereich der alternativen Anlagen zu überwachen. Deshalb fordern sie nun höhere Eigenmittel für Banken, denn

mit einem höheren Finanzpuffer für Krisenfälle lassen sich Aufsichtsmängel leichter übertünchen. Das gleiche könnte eine Welt-Finma anordnen, womit die Kreditvergaben und das Wirtschaftswachstum der Aufsichtswillkür ausgesetzt wären. Praktisch keines dieser Gremien ist demokratisch abgestützt, sondern besteht im wesentlichen aus Beamten diverser Regierungen. Auch im Falle einer Welt-Finma würde sich die Frage stellen: Wer kontrolliert die Kontrolleure?

Ein Papiertiger

Eine Welt-Finma würde ein Papiertiger bleiben, wenn sie ihre Massnahmen und Kontrollen nicht durchsetzen kann. Gleichzeitig stellt sich die Frage nach der Verantwortung für Fehlentscheide und Entscheide, die rein politisch getroffen werden. Man stelle sich vor, die Welt-Finma würde eine Aufteilung der UBS fordern, weil die Grösse dieser Bank im Verhältnis zum Heimmarkt Schweiz ein Klumpenrisiko darstelle. Wie würde sich die Schweiz wehren, wenn die hierzulande üblichen nicht-amortisierbaren Hypotheken verboten

und unsere Banken viel intensiver kontrolliert und eingeschränkt würden? Eine Abtretung der Aufsichtskompetenz an eine internationale Behörde in den USA oder in China würde nicht nur zu einem langen und komplizierten Dienstweg führen, sondern auch Finanzierungsfragen aufwerfen.

Wer bezahlt und entscheidet?

Eine weltweite Aufsicht, die die Verantwortung für die Finanzmarktstabilität trägt, muss finanziell lenkend eingreifen können, wie z.B. die Notenbanken über die Geldpolitik, mit Liquiditätshilfen gegen Pfandhinterlage oder im Extremfall als «Retter in der Not». Wer sollte der Welt-Finma die nötigen Milliardenbeträge zur Verfügung stellen? Wer würde über den Einsatz dieser Mittel entscheiden und welche Folgen ergäben sich für die Geldpolitik einzelner Länder, wenn zu grosse Beträge unkoordiniert gesprochen würden? Für Rettungsaktionen wie im Fall von Bear Stearns stehen oft nur wenige Stunden zur Verfügung. Eine Welt-Finma kann aber nicht über Steuergelder entscheiden, wenn es um die Frage geht, ob eine Bank gerettet werden soll, um noch grössere volkswirtschaftliche Schäden zu vermeiden.

Regulierungen erwecken den falschen Eindruck, der Staat überprüfe die Sicherheit und Qualität diverser Finanzprodukte. Auch Zulassungsbeihilfungen taugen wenig, wie die staatliche Akkreditierung von Ratingagenturen zeigt, deren Kreditbenotungen sich nun als fehlerhaft erweisen. Eigenmittelvorschriften beruhen meistens auf zweifelhaften historischen Ausfallquoten, und sie verleiten zu Umgehungsgeschäften. Gäbe es keine Vorschriften, müssten sich die Banker und deren Kunden wieder einmal selbstverantwortlich Gedanken darüber machen, wie viel Eigenkapital eigentlich eine Bank benötigt, um als vertrauenswürdig zu gelten.

www.kaufmann-research.ch ●